

Einzelnummer morgens 40 A., abends sowie Sonn- und Festtags 60 A.

Hamburger Echo

Nr. 31. Donnerstag, den 19. Januar 1922 — Morgen-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Vorberatungen.

SPD. Berlin, 18. Januar. (Drahtbericht.) Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete am Mittwoch zunächst Dr. Nathenau als Regierungskommissar ausführlich über seine Londoner und Pariser Aufenthalte, sowie über die Verhandlungen in Cannes. In der sich hieran anschließenden Diskussion sprach zunächst der Abgeordnete Sinnes (NRP.), dem in ausführlicher Rede Dr. Nathenau entgegnete. Auch Reichstanzler Dr. Wirth war am nachmittag wieder anwesend. Nach den Ausführungen der Abgeordneten Dr. Breitscheid (USP.), Gothein (DDP.), Dr. Heim (Bayer. Volkspartei) und Dr. Helfferich (NRP.), auf die Dr. Nathenau ausführlich erwiderte, schloß die Sitzung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch nachmittag den Bericht des Genossen Hermann Müller über die bisherigen Steuerverhandlungen entgegen. Genosse Müller stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß angesichts der schweren, von den Massen zu tragenden Lasten die in den Regierungsvorlagen vorgezeichneten Besitzsteuern als durchaus unzureichend erscheinen. In bezug auf die Frage, ob es bei dem gegenwärtigen Mehrheitsverhältnis im Reichstag möglich sein wird, zu einem die sozialdemokratische Partei betrießenden Ausgleich zu kommen, äußerte sich der Genosse Müller skeptisch, er wies auf die große Gefahr hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform fürgen könnte, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer inneren und besonders der äußeren Lage bedeuten würde.

In der Debatte wurden die verschiedenen Möglichkeiten, den Gedanken der Eröffnung der Sachwerte geschlebeberisch zu re-wirklichen, eingehend diskutiert, wobei die Frage der A u f-n e h m u n g einer Z w a n g s a n l e i h e, die von den Wirt-schaftsverbänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Die Beratungen wurden auf Domerslag verlag.

Für die bisherigen Wirkungen der Besitzsteuern ist bezeichnend, daß von den bis Juni 1921 eingegangenen Zahlungen von 15 Milliarden auf das Reichsnotopfer über 10 Milliarden durch Kriegaanleihen geleistet wurden. Für die weiteren Monate des Jahres ist dasselbe Verhältnis anzunehmen. Nur der Rest erfolgte in Barzahlungen. Man ersieht hieraus, daß das Reichsnotopfer in der bisherigen Form lediglich auf eine Kündigung der Kriegaanleihen hinausläuft, und zwar zu einer Zeit, in der das Reich sich in der ärgsten Finanznot befindet und an eine Tilgung der Anleihen nicht denken kann. Diese Beschlüsse sind vor besonders beachtenswerten, weil gewisse „Steuerkompromiss“vorschläge darauf hinauslaufen, die Besitzsteuern mit dem Reichsnotopfer zu veräußern.

Die deutsche Denkschrift an die Reparationskommission

20. Berlin 18. Januar. (Drahtbericht.) Die Arbeiten der einzelnen Reichsministerien zur Aufstellung der von der Reparationskommission geforderten Denkschrift sind im vollen Gange. Die Arbeiten werden dadurch erleichtert, daß das Material bereits für die deutsche Delegation für Cannes zusammengestellt war und jetzt Verwendung finden kann. In allem handelt es sich darum, der Reparationskommission die in Aussicht genommene Regelung der Reichsfinanzen im einzelnen darzulegen und einen Gesamtplan aufzustellen. Wie wir erfahren, wird die Denkschrift u. a. eingehende Mittheilungen über die Wirkungen der neuen Steuern und die beabsichtigte Regelung der Kohlenpreise machen. In Bezug auf die von der Entente geforderte Stilllegung der Rostenpresse beabsichtigt die Reichsregierung auf die hiermit verbundenen großen Schwierigkeiten hinzuweisen. Soweit eine Aussicht möglich ist, werden nach dem bisherigen Abschluß des Reichsetats nicht mehr als 18 Milliarden Papiermark für die Reparationsleistungen zur Verfügung stehen; es sei denn, daß man vor einer weiteren Erhöhung der schon bestehenden Schulden nicht zurückkehrt, was die Entente gerade vermeiden will. Zu beachten ist, daß die Erleichterungen, die durch die Zulassung von Sachleistungen an Stelle von Barleistungen in Aussicht stehen, nur den Devisenbedarf verringern, den inneren Etat jedoch weiter stark belasten. Die schweren Krisen, die man von großen Reparationen erwartet, sind durch die Umstellung auf Sachleistungen allein noch nicht vermieden. Das Erschütterungen im Innern Rückwirkungen auf unsere Zahlungsfähigkeit nach außen hervorbringen, ist selbstverständlich. Auf alle diese Einzelheiten wird die Denkschrift der Regierung hinweisen, wie sie auch die Maßnahmen einer Schwächung der inneren Wirtschaft Deutschlands auf den Geldmarkt darzulegen versuchen wird. Auch für die Details

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Alltoner Stadttheater. Die Schauspieler. Komödie
in drei Acten von Will. Schmidtson. Die Anweisung
der Komödie ist treffend. Die Handlungsart in der Art zu Pferde
und anderen Genuß die eben geistliche Schauspielerei ist.
Das Spiel ist in dem höchsten Grade. Im Grunde ist es
genau wie hier eine tragische Fabel. Und dennoch — Komödie? Ja,
weil die menschliche Torheit wieder einmal ad absurdum geführt
wird. Der Spiegel ist nicht so haarfahrig polirt wie bei den alten
Strindberg, noch so irrig und jagt nicht in tönigen Verneinung
geistlich Strohenbüschel sammeln wie bei Wedekind; aber das Bild
ist dennoch so fern gefast, daß es ein Teil Nahebedürftis mit-
gibt. Der Höhepunkt ist der zweite Akt. Wenn man sich
als Weib dem grenzenlos erhabenen treuen Mann, der auf seiner
Hingabe wie ein Wagnissführer haßt, für eine Nacht hin — aus
Güte aus namenlos groß. Wille. Dadurch beweist sie sich als weit
größer als ihre Vernunftswelt die mit dem Bewußten spielen, seine
Ausführung aber verabsäumen. Der dritte Akt fällt stark ab, weil
keins zu lang ausgefallen und will zu viel erklären. Der vierte
Spiel wird das schon aus der letzten Szene des zweiten Aktes erhellen,
und das Spiel war gut, von reichem Streifen erfüllt. Der Jüngling
zeigte sich zum ersten Male während der Spielzeit als Heißhunger. Der
Müller wird sicher einige leicht übergeordnete Neigungen in der
Spielweise noch ansehen zu einem vollkommenen Zusammenfall.
Die Schlußkomödie aufführende Aktion ist sentimentalität dort ganz
höher gebildet werden. Der Jüngling Charakterisierung als Will. Adressat
ist reiner, doch einsigle gewöhnlicher Charakterisierung, am glücklichsten
im ersten Akt. Affekt ist die weitaus größte. Das Gedicht
ist keine Komödie, was war um wille nicht begreifen. Es ist
eine Komödie helle aus ihrer Götter mit sicheren Strichen die Trag-
stimmung hervor. Von den jungen Schauspielern besonders der
Oper (Friedrich Schütz) stark und temperamentvoll und der
Kantze (Otto Gross). Wilhelm Maters Kunst hat einen
starken Hang in Lieberbreitungen, während Karl Guoe eine kleine
Figur mit echtem Humor sollte. Der Weirall bewies eine dankbare,
freundliche Aufnahme der Werkstatt.
W. B.

Künftige Weltkatastrophen. Vortrag von E. Nordberg am Mittwoch abend bei Sa. chiel. Deutschlands Zukunft, so hielt das Unterthema dieses ersten Abends. Am Freitag soll ein zweiter Vortrag von dem Untergang des Mondes berichten. Der Ab- dner begann mit astronomischen Phänomenen, schickte dann wissenschaftliche und gemeinverständliche Spitzweizen auf und endigte

Hamburger Bürgerschaft.

Agitationsanträge. — Hochbahnaktien — Wassergeld. —
Wohnungsneubau.

Die Bürgerschaft kann gerade die zu erledigenden Arbeiten sehen und braucht die Tagesordnungen der einzelnen Kommissionen nicht zu überlegen; da für die kleine Koalition (F.F.P. und F.P.D.) die Gelegenheiten günstig, ihre besonderen Parteiverhältnisse mitzuteilen, die Anträge zu stellen. Auf der Seite gefolgt es nach der Dr. Schoen-Debatte noch nach der Dr. Hartmann-Debatte, und sie läßt deshalb durch den Antrag einen Antrag zur Einsetzung eines Ausschusses, die Stellungnahme der Polizeibehörde zu der bekannten Hefengeschichte prüfen soll, stellen. Die andere Seite hat die Kommissionen und ruft nun durch einen Antrag, um die Hilfe der Bürgerschaft an. Im Antragsteller ist die Kommissionen überhaupt groß, in der praktischen Arbeit verfahren sie. Bei der Wahl zur Deputation zeigte das wieder deutlich. Obgleich die Kommissionen wählten, daß sich in der Deputation umfassen war, blieben sie der Deputation des Verlesten Ausschusses fern, so daß, während die Deputationsnationalen fragen um ein Mitglied stärker und gewollt ist, praktisch zu arbeiten, der Ausschuss annehmen mußte, daß bei den linken Herrschaften kein Bedürfnis für Mitarbeiter in der Deputation besteht. Im Plenum sollte nun nicht den Gefährten und Gehilfen schimpfte wie — Kommunist, als Genosse Leuterich ruhig und sachlich die demokratische Einigkeit bezeugte.

Drei Punkte in der Tagesordnung fanden dann das besondere Interesse des Hauses. Der Ueberrahme von neuen Aktien der Hochbahn-Aktien-Gesellschaft, welche Gelegenheit im üblichen Sinne im voraus den Verlehrs-ausschüß zugehängt hatte, wolle Dr. Nagel die deutsch-nationale Arbeitslosen-Kommission für Arbeiter und Angestellte proklamieren, während Kämmerer die gesamten neuen Aktien vom Staat übernehmen wollte. Er hatte offenbar dabei nicht daran gedacht, daß dies, wie Genosse Deutert ihm nachwies, die entgegengesetzte Wirkung, wie die beabsichtigte, haben würde. Die Sache endete damit, daß der Senatsantrag angenommen wurde. Nicht ganz so der Antrag auf Erhöhung des Wasserpreises. Dieser wurde durch einen sozialdemokratischen Antrag günstiger gestellt, der den Senatsantrag vorfiel. Die Erhöhung des Wasserpreises wurde abgelehnt.

1,50 m pro Kubikmeter für das nachgaburgische Gebiet in Betracht zu kommen. Das neue Gesetz gibt den Grundbesitzern das Recht, den Mehrbetrag des Wasserpreises von den Mietern ersetzt zu verlangen. Für einen Arbeiterhaushalt mit dem Wasserverbrauch monatlich durchschnittlich 8 bis 10 Kubikmeter betragen. Da die Erhöhung des Wasserpreises auf 1,50 m pro Kubikmeter beträgt, wird also im Höchstfalle 2,40 M. zu zahlen sein, aber nur, wenn der Grundbesitzer die Miete für den Wasserbedarf vorlegt. Sonst verzweifelt er das, so kann auch keine Röhre veranlagen.

Von größter Bedeutung ist die Bewilligung von rund 6 Millionen Mark für den Wohnungsneubau. Diese Rümer legte bei dieser Gelegenheit klar und sachlich den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar. Größtenswerth ist besonders sein Eintreten für die Baugewerkschaft „Bauwohlf.“, die Gegenstand beständiger Anfeindungen der Unternehmer ist. Alle Scheingründe aber, die von diesen vorgetragen werden, können nicht verwirkeln, daß die Baugewerkschaft preisbeibehalten wird. — Der Vorstand der Bauvereine, der für die Vergabung der staatlichen Gelder maßgebend hat eine andere Zusammensetzung erfahren, wobei auch die Bauvereine die ihnen zustehende Vertretung erhalten haben. Die ganze Angelegenheit wird noch einmal in zweiter Lesung dem Bürgerausschuß beschäftigen. Es steht aber zu erwarten, daß sie schnell vorgenommen wird, so daß mit Beginn der Bauzeit auch tatsächlich mit der Bautätigkeit begonnen werden kann.

Gegen Poincaré.

Leon Blum veröffentlicht in dem "Populaire" einen Artikel gegen Poincaré, den "Kriegsgefehrten". Nach ihm hätten bereits die Schmach des Elfsäre 1886 und der Agincas- und der Agadir-Zwischenfälle 1905 beziehungsweise 1911 zum Kriege genötigt, wenn damals Poincaré Präsident der Republik gewesen wäre. Mit Gewißheit, fährt Blum fort, werden wir dazu kommen, die Frage der unmittelbaren Todesfaden der Verantwortlichkeit für den Krieg zu erörtern. Daß Poincaré jetzt am Ruder ist, wird unfehlbar die Wirkung haben, daß dieses Problem in die vorberste Reihe der öffentlichen Kontroversen rücken und jeder einzelne von uns dazu Stellung nehmen wird. Anzweifeln dürfen wir aber bei der größten Wichtigkeit ein ernstes Urteil der Welt als feststehend betrachten, daß Poincaré moralisch irgendeine Mitverantwortung sei.

Reichskanzler Dr. Bismarck hielt gestern anlässlich der Eröffnung des deutschen Industrie- und Handelslages in Berlin eine Rede. Im besonderen wies er auf den Erfolg hin, den die Lausache bedeute, daß Deutschland als gleichberechtigter Faktor nach Genua eingeladen sei.

mit außenpolitischen Zeitströfen. Nur nach einer Richtung hin
besaß man einen starken Eindruck: auf jeden Fall wollte man
überlebensfähig sein. Und dabei ging der Sinn zum Teil verloren: es blieb
nur die Vernunftlosigkeit von tauschbezogenen, fremden
Wertungen oder Phantasien. Und Deutschland? Zufahrt! 1921 Hunger-
jahr, 1923 Lieferungsverweigerungen, 1932 Ende der Weimarer Republik, 1933
Beginn eines Konflikts zwischen Demokratischen und Republikanischen in
Deutschland, 1933 beginnende Eingriffe der Weimarer. In längeren
Jahren in Deutschland die härteste Nacht auf dem Kontinent.
— Sabu, nur hat die liebe Seele Ruh. Vielleicht bekommen wir ja
auch wieder Ratschauen. 11.

Hamburger Volkshochschule. Die öffentliche Vorlesung von G. Sawant's über: „Vorgeschichte unserer Heimat“ muß an diesem Freitag wegen Verhinderung des Dozenten ausfallen. Nächste Vorlesung am 27. Januar.

Eingegangene Schriften.

[illegible]

Die Weltliteratur, eine Halbmonatsschrift, die die besten Romane und Novellen aller Zeiten und Völker weiteren Kreisen vermitteln will, bringt in ihrer neuesten Nummer Aufsätze und andere Literatur über Schlegelien. Der Preis jedes Heftes beträgt 2,50 M., im Abonnement bezogen vierteljährlich 14 M. Verlag der Weltliteratur München, Vestfingstraße 1.

Theater-Rundschau, Hamburg (Verlag C. Corbes & Co., Mollen-
twiete 2). Seit Nr. 2 des neuen Jahrganges zeigt als Zielbild die zwei
frühere beliebte Hamburger Schau spieler, Kurt Hillen und Carl Geppert.
Im 300. Geburtslage Mölchers hat C. Reimerdes über den französischen
Dichter geschrieben; ein längerer Artikel beschäftigt sich mit der Ab-
rechnung Hamburger Bühnensunkiller nach Berlin. In der Film-
rundschau plaudert die Kinodarstellerin Ellen Richter über Filmreisen.

leiste. Der Gedanke der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Unternehmen durch Ausgabe von Aktien für sie sollte von der Hochbahn A.-G. ernstlich gepflegt werden. — Nogag (DHP.): Die Angestellten der Zentralbahn werden Ende 1922 von der Hochbahn A.-G. übernommen, sollen aber nicht in die Pensionsliste aufgenommen werden. Wir beantragen daher, daß der Verwaltungsrath in eine Prüfung dieser Frage eintreten soll. — Dr. de Chapeaurouge (DHP.): Es wäre besser gewesen, wenn die Hochbahn A.-G. eine größere Kapitalerhöhung beantragt hätte. Den Antrag Thalmann lehnen wir ab, weil der gewerkschaftsfeindliche Betrieb aufrechterhalten wird. Die Ausgabe von Aktien für Angestellte ist nicht sehr glücklich, weil die Hochbahn niemals große Gewinne erzielen wird. Die Angestellten der Zentralbahn werden von der Hochbahn aus lokalise übernommen. Ueber die Verpflegungslage der Hochbahn haben die Angestellten selbst zu entscheiden. Dabei ist die Frage nach der Ausübung nicht mit dem Antrag Nogag zu beschäftigen. — Dr. Nagel (DHP.) tritt nochmals für die Arbeiteraktien ein. — Reuter (SD.): Wir werden den Senatsantrag annehmen. Der Antrag Schumann sieht gut aus, ist aber falsch. Denn Hamburg müßte das Geld für die Aktien von Kapitalisten zu einem höheren Zinsefuß leihen, als je die Aktien einbringen werden. Daher bringt der Antrag Thalmann keinen Gewinn für den Staat. Ebenso lehnen wir den Antrag Nogag ab. Wir möchten uns, und mit uns sicher die Angestellten der Zentralbahn, daß derselbe Herr Nogag, der vor einigen Sitzungen die Arbeiter verächtlich hat, nur 5 Stunden zu arbeiten, hier sich für diese Angestellten jetzt einsetzen. — Nogag a.: Die Angestellten sind selbst an mich herangerufen. (Geisterlich.) — Damit ist die Beratung beendigt. — Für den Antrag Nogag stimmen nur die Deutsch-nationalen und die Kommunisten, für den Antrag Thalmann die Kommunisten. — Der Antrag des Senats wird unverändert angenommen.

6. Beschaffung von 5 Redständern für die Turnhalle an der Burgstraße. Der Senat beantragt, daß zu diesem Zweck 12 000 M bewilligt werden. — Dem wird ausgetimmt.

Die Erhöhung von Beihilfen für Unterrichtsanstalten. Der Senat beantragt, daß die für das Rechnungsjahr 1921 bewilligten Beihilfen für die Unterrichtsanstalten des Klosters St. Johannes um 382 000 *M.* für die Pausen-Stiftschule um 172 000 *M.* für die Emilie Büttgenfeld-Schule um 207 000 *M.* für die Palmst. Vera-Realschule um 109 000 *M.* und für den Fröbelverein um 47 000 *M.* erhöht werden. — Es wird so beschlossen.

8. Elektrische Stromverjorgung des Allgemeinen Krankenhauscs Eppendorf. Der Senat befragt, daß für den Anfauf der elektrischen Stromverjorgung des Allgemeinen Krankenhauscs Eppendorf an die haurburgischen Elektricitätswerke weitere 211.000 A bewilligt werden. — Dr. Ridderhoff (DVP.): Bei dieser Gelegenheit möchte ich dafür eintreten, daß auch die Alsterdörfer Anfauf elektrische Stromverjorgung bekommen. Auch die Erziehungsanstalt für Anfauf in Ohlsdorf braucht elektrisches Licht. — Darauf wird der Senat antragen angenommen.

9. Erhöhung des Wassergeldes.

Der Senat beantragt eine Erhöhung des Wassermehrs für das Hochbühnenverorgungsgebiet von 90,3 auf 150 M für das Gurbühnen Versorgungsgebiet im allgemeinen von 1,20 auf 3,10 M und bei Schiffservorgung von 1,88 auf 6,10 M. Weiter wird beantragt, daß der Eigentümer eines vermieteten Grundstücks, wenn der Mietherr vor der Verlängerung der Erhöhung geschieden ist, bis zur Neuregelung des Mietverhältnisses den von ihm zu zahlenden Mehrbetrag vom dem Mieter ersetzt verlangen kann. — Offenbürgge (VPR) und Pälmann (Romm), und Genossen beantragen Ausdehnungsbereitstellung. — Von Olfers (ED), und Lübbert (DPR), und Genossen wird beantragt, den Wasserpreis in Gurbahen auf 2 M statt 3,10 M festzusetzen. Außerdem beantragen Olfers (ED), und Genossen, den bestehenden Aufschlag zur Erhaltung der Hamburg Wasserwerkung mit der Unterföhrung der Wirtschaftlichkeit des Gurbühnen Wasserwerks auf beizubehalten.

Thälmann (Komm.): Die einzelnen Punkte müssen im
Ausführlich geprüft werden, besonders die Erklärungen. Die Stei-
gung des Preises ist zu groß. Der Weg des Staates, aus den
Staatsbetrieben das Defizit des Haushalts zu decken, ist nicht der
richtige. Der Mieter darf nicht die Erhöhung des Wassergeldes
bezahlen. Aus all diesen Gründen bitten wir um Ausfüh-
rungs-
begünstigung.

Officers (ED.): Wir stimmen dem Senatsantrag zu, weil der Wasserpreis ein angemessener ist, zumal Gurgaben 3,10 *M* bezahlen soll. Der Preis ist ungerechtfertigt. Das Wasserkraft ist nicht sehr rentabel, das Werk muß aufrechterhalten werden, weil die Schiffe in Gurgaben Wasser einnehmen müssen. Der Burg hat daher ein Senatsrecht zu hoch. Ich beantrage daher Preis für Gurgaben von 3,10 *M* herab zu hoch. Ich beantrage daher Senatsrecht zu 2 *M*. Der Preis für das Wasser für Schiffe soll nach der Verteilung zwischen Meilen. Der Ausschuss für Wasser versorgung muß aber die Rentabilität des Werkes einmal prüfen.

Stenbrügge (DRP.): Ich stimme dem Antrag Officers vollkommen zu, bitte aber um Annahme des Auswahlantrages, um die Frage der Gleichstellung Gurgabens mit Hamburg zu prüfen.

Die Anfrage auf Ausschussberatung werden abgelehnt. Unter Annahme des Antrages Offers wird der Senatsantrag so geändert angenommen.

10. Vergleiche Die Beaufichtigung der Daten. Infolge der stetigen Abnahme des Lebensunterhalts sind daher die Erweiterung des haftungsrechtlichen Verhältnisses zwischen Verpflichtetem und Gläubiger von seiner sehr bedeutungsvollen Art. Die Seit bezieht sich die Beaufichtigung von 214 200 A. Winter (D.R.). Die Wünsche der Verordneten sollten im Dausatzungsausschuß geprüft werden. Der Weg der Nachbeaufichtigung darf nur in dringlichen Fällen beschritten werden. Die Verordneten müssen jeden fall, daß unter allen Umständen sparfam gewirtschaftet werden soß. Auch dieser Antrag müß, wie ich beurteile, dem Dausatzungsausschuß überreicht werden. Er scheint besonders geeignet zur Nachprüfung.

11. **Speisungen des wohlthätigen Schulvereins.** Der Senat beantragt, daß dem wohlthätigen Schulverein für seine Speisungen weitere 500 000 *M* zur Verfügung gestellt werden. — Es wird so beschloffen.

2. Abgaben. Die Abgaben eines Mitgliedes der Bauvereine liegen in der Höhe der von den Kommunisten mit familiären arben bestragten - Rüst (Komm.) bestragt Auslegung, weil keine Fraktion im Parteiausschuß feste und deshalb keine Vorstände machen konnte. - Zentler (ED.): Auslegung ist nicht nötig, weil ein kommunistischer Vorschlag vorliegt, also ein Kommunist gewählt werden kann. Die Komm.

muniften sollten sich besser betreten lassen. (Thälmann (Komm.) macht dauernd Zurufe, worauf ihm „Ruhe“ zugerufen wird. Darauf Thälmann: Halt die Schnauze! Stürmische Heiterkeit. Ordnungsruf.) — Der Antrag Nühl wird abgelehnt. Gemächst wird Prieselbaum mit 62 Stimmen. v. Voritz (S.

Hamburger Börse am 18. Januar.

Die Verschlechterung der Mark legte sich fort und machten sich wiederum im vordrilligen Verkehr die höchsten Diebstahlskurse geltend. Bedarf und Speculationsgeschäfte trieben die Kurse auf Grund von Verichten auswärtsigen Börsen weiter an. Der Dollar legte ein mit 192, England mit 810 Holland mit 7050. Nach Schluß der Börse war eine Lichte Ermäßigung aller Kurse nachzuweisen.

Am Wertpapiermarkt war in Kalifornien ein durchweg lebhafter Geschäftsbetrieb. Bedeutende Kurssteigerungen traten hierin ein. Die bestehenden Interesseneinstellungen zeigten sich gegenseitig zum Anfaß. Von Schiffahrtspapieren sind die Aktien der Hamburg-Südamerika-Linie zu nennen, die gleichfalls eine Kurssteigerung durchmachte.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 7017½ (Am Dienstag 6830) — England 804½ (790½) — New York 190½ (186½) — Dänemark 3825 (3735) — Frankreich 1557½ (1535).